



Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Atomausstieg verbindlich umsetzen

Drucksache 17/2493

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag Drucksache 17/2493 wird um den nachfolgenden Punkt 4 ergänzt:

4. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass die gebildeten Rückstellungen der AKW-Betreiber für Stilllegung und Rückbau der Anlagen sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle zweckgebunden verwendet werden und dass im Falle einer Betreiberinsolvenz diese Mittel für die o.g. Zwecke nicht verloren gehen.

Begründung:

Schleswig-Holstein hat ein großes Interesse, dass die gebildeten Rückstellungen der AKW-Betreiber ungeschmälert für den Rückbau der drei Atomkraftwerke im Land zur Verfügung stehen und die öffentliche Hand nicht belastet wird.

Detlef Matthiessen
und Fraktion